

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 7. April. Dem Vernehmen nach sind die Großmächte über eine Fression auf die Türkei...

Berlin, 7. April. Sr. Maj. Kanonenboot Volk, vier Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Beck, ist am 26. Febr. in Hongkong eingetroffen.

Posen, 7. April. Ein gemischter Personenzug auf der Posen-Kreuzburger Eisenbahn ist infolge einer Senkung des Bahndammes...

Saarbrücken, 7. April. Der Staatsanwalt hat gegen das Urtheil im marpinger Proceß Berufung eingelegt.

Stuttgart, 7. April. Der Vorsitzende der Zollparlamentscommission, Frhr. v. Barnhäler, verläßt heute Berlin und begibt sich nach Schloß Hemmingen in Württemberg.

Budapest, 6. April. Für den Fall, daß die gewünschte Besetzung Ostrumeliens nicht zu Stande kommen sollte, stellt Andrássy den Antrag, daß die Türkei dem Berliner Vertrage gemäß Ostrumelien besetze.

Rom, 6. April. Die Deputirtenkammer trat heute in die Debatte über die mit Deutschland und der Schweiz abgeschlossene Nachtragsconvention...

Madrid, 6. April. Der Marineminister hat dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitgetheilt, daß ein englisches Schiff in spanischen Gewässern den schwedischen Schoner Virgo angehalten habe.

Paris, 7. April. Gegenüber den fortbauern und kurstrebenden Gerüchten über den Rücktritt Waddington's wird von bestunterrichteter Seite bemerkt, daß die Position Waddington's befestigter wie je ist und als in keiner Weise bedroht angesehen wird...

Paris, 7. April. Von den gestrigen 21 Ersahwahlen zur Deputirtenkammer sind 18 bekannt. Gewählt sind 11 Republikaner, 1 Legitimist; 6 Stichwahlen sind noch erforderlich...

London, 6. April. Ketschwapo's versöhnliche Haltung scheint nur Verstellung zu sein. Die Pall Mall Gazette erfährt angeblich von glaubwürdigster Seite, der Kaiserlich gebrachte diese List nur, um die ungestörte Einbringung der Ernte zu sichern...

London, 7. April. Eine dem Kriegsamt zugegangene Depesche Chelmsford's meldet, der Zuluhäuptling Dham, Ketschwapo's Bruder, habe sich am 4. März im Lager des Obersten Wood gestellt.

London, 7. April morgens. Der Standard erfährt, die auf der Fahrt nach China begriffene Kriegsfregatte Encounter sei infolge der Besetzung der Insel Matacoug durch französische Truppen nach Sierra Leone beordert worden.

Petersburg, 7. April. Die Agence russe bespricht nochmals die Verhandlungen über die gemischte Occupation Ostrumeliens und sagt, die Mächte seien andauernd mit der Discussion der Garantien beschäftigt...

in Ostrumelien im Geiste des Berliner Vertrags, sei es vermittelst einer gemischten Occupation oder ohne eine solche, zu verfahren.

Buga, 7. April. Die diesjährige Schifffahrt kann mit der Ankunft von drei englischen Dampfern in Boldera für wieder eröffnet gelten. Wie die Rapitane derselben berichten, hätten sie fählich von Dommesnes vier englische Meilen breite Eismassen angebrochen...

Sukarest, 6. April. Die heute Mittag verlesene Thronrede des Fürsten, mit welcher die Session der Kammern geschlossen worden ist, hob hervor, daß das rumänische Parlament, indem es die Dauer seines Mandats abkürzte, um der constituirenden Versammlung Platz zu machen, im Interesse des europäischen Friedens zugegeben hätte, daß sich Rumänien dem Berliner Vertrage in allen Punkten und in kürzester Frist zu fügen habe.

London, 7. April. Die Times bespricht die griechische Frage und empfiehlt der Regierung eine energischer Action. Die Regierung brauche die Intervention nicht zu beschleunigen, es sei aber wichtig, der Pforte zu verstehen zu geben, daß eine Mediation eintreten müsse, wenn keine Verständigung erzielt werde.

Wien, 7. April. Meldungen der Politischen Correspondenz aus Tirnowa vom 6. April: Die Notabelnversammlung hat es abgelehnt, einen Artikel in das Statut aufzunehmen, welcher die Verhinderung des Proselytenthums bezweckt.

Leipziger Stadttheater.

Leipzig, 6. April. Im Alten Theater ging gestern eine neue „romantisch-komische“ Operette: „Die Glöden von Corneville“ von Clairville und Gabet, Musik von Robert Planquette, in Scene.

senen Componisten ist wenig zu sagen; auch sie ist wenig originell, namentlich häufig von Lecocq und Strauß inspirirt, aber immer unterhaltend und pikant, vorherrschend ist natürlich Tanzrhythmus.

Die vom Kapellmeister Mühlendorfer geleitete Vorstellung zeigte sich gut vorbereitet und verlief ohne wesentliche Störung. Hr. Kötter gab ein scharfgezeichnetes Bild des alten geizigen Gaspard; freilich wäre mitunter gerade eine etwas weniger grelle Farbengebung zu wünschen gewesen, um die oben erwähnte Zweiessigkeit in der Wirkung des Ganzen nicht allzu fühlbar zu machen.

Leipzig, 7. April. Im „Lanzhauer“ gastirte gestern Hr. Günzburger vom Stadttheater zu Augsburg als Wolfram. Der Darsteller verfügt über ein an sich schönes und ausgiebiges, aber hier und da noch der Abklärung bedürftiges Organ.

keit nicht hinaus. Die wohlthuernde Natürlichkeit jedoch, die zugleich aus ihr sprach, die Abwesenheit von Manieren läßt von der Weiterentwicklung des Künstlers noch Günstiges hoffen.

Nach allen den diesen Methoden, die seit Jahrhunderten zur Ausübung von Diebstählen und zur Verbergung des Gestohlenen in Anwendung gebracht wurden, sollte man kaum glauben, daß in dieser Branche noch etwas Originelles geleistet werden könnte, und doch kann ein Farbiger, der als Hausknecht in einem Laden zu Little Rock, Arkansas, angestellt war, auf diese allerdings sehr zweifelhafte Ehre Anspruch erheben.

Der Ostreratore romano (das officielle Organ des Vaticanus) bringt an der Spitze seiner Nr. 47 vom Jahre 1879 (26. Febr.) ein Decret, datirt Rom, 3. Febr., durch welches im Namen des Papstes von der Congregation des Index mehrere Bücher kirchlich verboten werden.



### Lord Beaconsfield über den Nothstand in England.

Die Aeußerungen des Lord Beaconsfield, des englischen Premier, im Oberhause über die Lage der englischen Landwirtschaft haben wegen der naheliegenden Berührungspunkte mit den Klagen unserer Landwirthe und ihrem Verlangen nach Schutz schon im telegraphischen Auszuge ein mehr als gewöhnliches Interesse auch hier erregt. Wir halten es deshalb für angezeigt, die betreffende Rede, die nun ganz vorliegt, vollständig mitzutheilen. Der edle Lord sagte:

Niemand, glaube ich, kann leugnen, daß die Depression der Agriculturinteressen eine außerordentliche ist. Wenn ich mich auch anderer Perioden der Noth entsinne, so ist doch keine der jetzigen an Intensität gleichgekommen. Betrachtet man nun die Ursachen der Noth, so kommt man vor allen Dingen auf die anhaltend schlechten Ernten des Landes, und nimmt man die Ziffern, welche die höchste Autorität, die bezüglich der ackerbaulichen Interessen und statistischer Nachweise besteht, gegeben hat, als richtig an, so beläuft sich der Verlust bei einer schlechten Ernte, wie wir sie 1875 hatten, auf nicht weniger als 26 Mill. Pfd. St. Es ist jedoch Thatsache, daß man damals den Verlust und die Noth nicht so empfindlich wie früher in den Tagen des Schutzsystems, weil die Preise der Nahrungsmittel des Volkes nicht unmittelbar durch eine schlechte Ernte beeinflusst wurden, und erst als das Unglück sich bei zwei Gelegenheiten wiederholte, machte sich die Abnahme des Wohlstandes des Landes im allgemeinen schwerer fühlbar. Die bemerkenswerthe Eigenschaft der gegenwärtigen ackerbaulichen Depression besteht darin, daß die Agriculturinteressen durch eine Reihe von schlechten Ernten leiden, die zum ersten mal von äußerst niedrigen Preisen begleitet sind. Das ist ein bemerkenswerther Umstand, der nie zuvor dagewesen ist, ein Zusammentreffen, das man früher nie wahrgenommen hat. In früheren Zeiten wurde bei einer schlechten Ernte einigermaßen durch höhere Preise ein ziemlich unseliger (dimal) Ersatz gegeben; jetzt aber sind die Preise bei schlechten Ernten eher niedriger als höher. Es kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die Abnahme des öffentlichen Wohlstandes um den Betrag von 80 Mill. Pfd. St. den allgemeinen Wohlstand des Landes zu beeinflussen beginnt und eine der Ursachen der Depression ist, nicht allein des Ackerbaues, sondern auch des Handels und des Verkehrs. Wer aufrichtig ist, kann nicht leugnen, daß dies eine der Ursachen ist und ebenso wenig ist es zu bezweifeln, daß die fremde Concurrenz einen sehr schädlichen Einfluß auf die Agriculturinteressen des Landes ausgeübt hat. Das Land war jedoch genügend gewarnt, daß dies eine der Folgen sein würde, wenn wir mit unserm industriellen System eine große Unwägung vornähmen. Der ungeheure Import fremder Ackerbauprodukte ist bei weitem größer gewesen, als der vermehrte Bedarf unserer Bevölkerung es verlangte; daher kommt es, daß die niedrigen Preise sich halten. Der Import der Jahre 1877 und 1878 war um 5 Mill. Quarter größer als derjenige der entsprechenden Jahre der vorhergehenden Decade und weist eine Zunahme auf, welche dem Bedarfe von mehr als einem Sechstel der ganzen Bevölkerung gleichkommt oder fast doppelt den durch ihre wirkliche Zunahme bedingten Bedarf deckt. Das ist bis zu einem hohen Grade die Ursache dieser Depression. Erstens haben wir also anhaltend schlechte Ernten, welche auf jeden Fall eine Depression herbeiführen, und zweitens, soweit es die Ackerbauinteressen betrifft, diese so stark vergrößerte Concurrenz von außen. Meiner Ansicht nach besteht noch ein weiterer Grund, der jedoch nicht allein sich auf den Ackerbau bezieht.

Es ist behauptet worden, daß auf dem Gebiete des Handels und Verkehrs nicht nur eine gleiche Depression herrsche wie die, unter welcher die Ackerbauinteressen zu leiden haben, sondern daß dieselbe der letztern in Ursachen und Wirkungen identisch und ähnlich sei. Soweit ich aus den mir vorgelegten Schriftstücken ein Urtheil bilden kann, ist gerade das Entgegengesetzte der Fall. Daß in Handel und Verkehr große Depression herrscht, kann niemand leugnen, aber es ist gerade das Gegentheil von einer Aehnlichkeit zwischen beiden Depressionen der Fall. Der Ackerbau producirt gerade jetzt weniger als früher; fast eine Million Acres werden jetzt nicht mehr mit Getreide bebaut, während die fremde Concurrenz selbst auf unsern inländischen Märkten mit Erfolg auftritt. So ist es aber nicht mit unserm auswärtigen Handel. Der Umfang des letztern hat sich keineswegs verringert, und es ist, soweit ich die Weltmärkte verloren haben und daß irgend ein Zweig fremder Industrie, natürlich im allgemeinen gesprochen, mit Erfolg gegen die Engländer concurren kann. Daß aber gelegentlich bei den mannichfachen Transactionen des englischen Handels irgendein besonderer Artikel von den Märkten ausgeschlossen werden, oder daß derselbe durch Zusammenwirken verschiedener Umstände einer erfolgreichen und unerwarteten Concurrenz begegnen könne, ist eine der notwendigen Folgen dieser Mannichfaltigkeit. Die große Thatsache bleibt trotzdem bestehen, daß der Betrag der Production genau derselbe geblieben ist. Es ist natürlich weniger Nutzen erzielt, aber der Umfang der Industrie ist derselbe gewesen, dasselbe Quantum Güter ist erzeugt worden; es gibt keine Märkte, von denen wir mit Erfolg ausgeschlossen sind, und keine Concurrenten, mit denen wir nicht zur Zufriedenheit concurriren können. Dies wird, wie ich glaube, durch einen statistischen Nachweis bewiesen. Aus den britischen und irischen Exportstatistiken ergibt sich, daß die Ausfuhr im Jahre 1873 in runden Zahlen 255 Mill. betrug, während sie sich in 1877 nur auf 198 Mill. stellte, sodas anscheinend eine Abnahme von 57 Mill. stattgefunden hat. Bewertet man aber die Production von 1877, die nur 198 Mill. ergab, in derselben Weise wie diejenige von 1873, so ergibt sich ein Unterschied von weniger als 1 Mill. Es ist daher klar, daß, wenngleich die Depression des Handels und Verkehrs nicht zu bestreiten ist, dieselbe nicht wie diejenige des Ackerbaues durch den Verlust der Productionskraft entsteht, denn wir haben während aller dieser Jahre dasselbe Quantum Güter producirt, nur haben wir für sie niedrigere und immer niedrigere Preise erhalten. Das scheint mir ein sehr wich-

tiger Umstand zu sein, der die weitgehendste Beachtung verdient.

Ich bezweifle nicht, daß die Depression unsern inländischen Geschäfts durch schlechte Ernten beeinflusst wird, ganz unabhängig von dem Princip, auf welchem unser industrielles System basiert sein mag, sei es das des Schutzjollses oder das der freien Einfuhr. Es ist klar, daß eine Reihe von schlechten Ernten den ganzen nationalen Wohlstand stark verringern und unter allen Umständen den Handel des Landes wesentlich beeinflussen muß; es ist sehr möglich, daß, wie wir aus eigener Erfahrung wissen, eine schlechte Ernte, welche vor Jahren Unzufriedenheit und von allen Ständen anerkannte große Noth geschaffen hätte, unter den jetzigen Umständen unbemerkt vorübergehen würde; aber zwei, drei oder vier schlechte Ernten werden nicht so übergegangen, denn wenn die letzte Ernte auch nicht schlecht war, so wurde sie doch unter solchen Verhältnissen aufgespeichert, daß sie, soweit sie den Landmann betrifft, eine schlechte ist.

Ich habe zugegeben, daß die Hauptursachen der Depression des Ackerbaues folgende sind: erstens die schlechten Ernten, zweitens die fremde Concurrenz; ein dritter Grund beschränkt sich nicht auf diese Depression allein, sondern trifft auch für das Daniederliegen des Handels zu, und das ist die Wirkung, welche die Production von Gold, namentlich in diesem Augenblicke, nicht nur auf die kaufmännischen Geschäfte, sondern auch auf den Werth anderer Edelmetalle ausübt. Ich glaube, ich kann die Sache folgendermaßen am besten erklären. Nach Aufhebung der Kornpreise herrschte unter allen Klassen beträchtliche Noth, und es bestand nicht nur unter der Ackerbau treibenden Bevölkerung, sondern in Geschäftskreisen überhaupt großes Mißvergnügen und Unzufriedenheit. Ich glaube selbst nicht, daß dies die unmittelbare Wirkung der Aufhebung der Kornpreise war, sondern es war ohne Zweifel die Reaction nach einem großen Aufschwunge, welcher infolge der außerordentlichen Ausdehnung des Eisenbahnsystems in England eingetreten war. Dies möge dahingestellt bleiben, genügt, die sehr große Unzufriedenheit war da, und plötzlich nach drei oder vier Jahren zeigt sich ein außerordentliches Aufleben des Handels und eine große Preisverhöhung. Wie kam das? Eins der wunderbarsten Ereignisse der Weltgeschichte war geschehen, es war die Entdeckung des Goldes in Californien. Im Jahre 1852 wurden 36 Mill. Gold nach Europa übergeführt, und wenn man sich erinnert, daß das ganze Geschäft der Welt bis dahin mit einem Gesamtbetrage an Gold von 6 Mill. jährlich ausgeführt wurde, so wird man sofort die Wirkung der neuen Entdeckung verstehen. In demselben Jahre kamen 36 Mill., in fünf Jahren wurde Europa aber mit 150 Mill. überschwemmt. Die Folge war, daß die Preise ungeheuer erhöht wurden.

Bald nachher geschah aber nochmals etwas Wertvolles. Gelegentlich der pariser Ausstellung trat eine Commission von Delegirten aller größeren europäischen Staaten zusammen, welche unter Zustimmung ihrer Regierungen darüber beriet, ob sich ein für die ganze Welt gemeinsames Münzsystem feststellen lasse, und sie kamen zu dem Beschlusse, daß es geschehen könne und daß man die Gelegenheit der Goldentdeckungen benutzen müsse. Die deutsche Regierung, welche 80 Mill. in Silber hatte, benutzte die Gelegenheit und erstellte diese 80 Mill. Silber durch Gold; Frankreich beschloß ebenfalls, seine Doppelmünze, wenn möglich, gänzlich durch Gold zu ersetzen, und diesem Beispiele folgten Holland und die andern kleineren europäischen Staaten. Man darf deshalb nicht von der großen Unwägung in den Silberpreisen, als Frankreich mit 60 und Deutschland mit 80 Mill. schnellstens die geschehene Veränderung benutzte, um die Goldmünze anzunehmen, übersehen sein. Die ganze Zeit hat der Ertrag der Goldminen in Australien und Californien sich regelmäßig verringert und die Folge davon ist, daß, während diese großen Veränderungen der Währungen zu Gunsten der Goldmünze getroffen sind, ungeachtet einer Zunahme der Bevölkerung, die allein schon stets eine beträchtliche Zunahme der Goldmünze zur Ausführung der Geschäfte erfordert, der Betrag sich von Jahr zu Jahr verringert hat, bis infolge der Goldentdeckungen ein Zustand geschaffen ist, welcher gerade das Gegenteil dessen ist, was er anfangs war. Gold steigt jeden Tag im Werthe und, je höher es steigt, desto niedriger werden die Preise. Dies ist meiner Ansicht nach der dritte Grund, der, wie ich glaube, die ernsteste Beachtung verdient und zu Folgen der wichtigsten Bedeutung führen kann.

### Deutsches Reich.

× Berlin, 7. April. In einzelnen Blättern wird von einer Vertagung der Sitzungen des Bundesrathes gesprochen. Das ist unrichtig. Der Bundesrath bleibt versammelt und wird nach wie vor nach Erforderniß seiner Arbeiten zu Sitzungen berufen. Das Osterfest wird nur für die Festtage eine kleine Pause herbeiführen. Heute berieth der Ausschuß des Bundesrathes für Justizwesen. Morgen treten die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in welcher die Vorlage über die Drahtsteuer in Vorberatung genommen werden soll. — Zu dem am Sonnabend angenommenen Entwurfe über die Tabakbesteuerung werden zur Zeit die Motive ausgearbeitet. Nach Fertigstellung derselben wird der Entwurf ebenfalls dem Reichstage noch während der Ferien zugehen.

N.L.C. Berlin, 6. April. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung (die bekanntlich fort und fort für Aufhebung des Reichstages agitirt) scheint als Material für die nächste Wahlbewegung unter andern auch das Stumm'sche Project der Invalidenklassen für Arbeiter verwerten zu wollen, so nämlich, daß sie die Liberalen als die einzigen Widersacher wirksamer Maßregeln zu Gunsten des Arbeiterthums denuncirt. Und doch sind es sehr gewichtige, gerade aus der wärmsten Fürsorge für die Arbeiter geschöpfte praktische Gründe, welche die Liberalen gegen das Project in dieser Ge-

stalt bedenklich machen. Man sehe sich doch nur das praktische Leben an! In der Spinnerei z. B. ist es eine bekannte Erfahrung, daß die gewöhnlichen mit der Feinspinnerei beschäftigten Arbeiter schon in einem frühen Lebensalter, in den dreißiger Jahren, für diese Branche unbrauchbar werden; sie sind also gezwungen, in einer andern Branche Beschäftigung zu suchen. Was wird dann aus ihren Rechten an der Altersversorgungskasse ihrer bisherigen Fabrik? Dr. Stumm selbst verkennt nicht die großen Schwierigkeiten, welche sich der Errichtung von Cartellverbänden zwischen den Fabriken derselben Kategorie entgegenstellen würden. Um aber einem Arbeiter in der eben von uns ange deuteten Lage eine Gewähr zu bieten, müßte man schlechweg einen Cartellverband sämmtlicher Fabriken schaffen, — ein Gedanke, der nur ausgesprochen zu werden braucht, um als unmöglich erkannt zu werden. Und dann: wie manche Fabricationszweige gibt es nicht, aus welchen einzelne Arbeiter, nachdem sie sich etwas erspart haben, heraustreten, um sich als Handwerkermeister zu etabliren? Bei der Ausdehnung des Knappschaffens auf die Fabriken würde solchen Arbeitern das Emporstreigen zur Selbstständigkeit thatsächlich unmöglich gemacht sein. Ferner: was soll aus den Altersversorgungskassen nach dem Muster der Knappschaffensklassen werden in Zeiten wirtschaftlicher Krisen mit ihren ausgedehnten Arbeiterentlassungen? Wie will man die Klassen ausreichend sicherstellen für den Fall des Concurres der Fabrik? Wie will man sie bewahren vor den Folgen von Gründer- und Schwindelperioden, die ja sicher auch in Zukunft nicht ausbleiben werden? Man sieht, diese Bedenken sind durchaus dem praktischen Leben entnommen. Kann die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dieselben widerlegen, wohlan! Verdienstlicher würde das jedenfalls sein, als das saden-scheinige Manövre der Hejerei gegen einen gar nicht vorhandenen angeblichen „unpraktischen Doctrinarismus“ der Liberalen.

N.L.C. Berlin, 7. April. Die „Germania“ hält die Entwicklung der Dinge schon für so weit gediehen, daß sie das Centrum als ausschlaggebende Mittelpartei, und zwar nicht allein in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen, feiern zu können glaubt. Vor einem halben Jahre noch hätte man dergleichen als einen grotesken Scherz belächelt; heute, wo officiële Federn bereits den Ausblick auf das Zusammengehen des Centrums mit der Regierung in dem nächsten Wahlkampfe eröffnen, lautet das Urtheil anders. In der That scheint die Regierung auf dem besten Wege, dem Centrum zu der ausschlaggebenden Rolle zu verhelfen. Das wäre denn freilich ein etwas seltsamer Ausgang der Bemühungen um Herstellung einer festen zuverlässigen Majorität! — Die National-Zeitung hatte vor einigen Tagen eine Nachricht gebracht, nach welcher der Plan erwogen würde, als constitutionellen Ersatz für die Befestigung der Ma-tricularbeiträge die alljährliche Bewilligung des Kaffeezollses durch den Reichstag einzuführen. Ob gerade der Kaffeezoll sich als Object für diesen Zweck eignen würde, lassen wir dahingestellt. Die Kreuzzeitung meint, der Kaffe würde alsdann in hohem Grade Speculationsartikel werden; wir unsererseits sind vielmehr der Ansicht, daß er dies bereits ist und gerade aus diesem Grunde den Anforderungen vielleicht nicht entspricht.

— Die Vorlage über den Zolltarif ist mit einem Schreiben des Reichskanzlers am 4. April abends an den Reichstag gelangt. Dasselbe lautet:

Berlin, 4. April 1879. Der Bundesrath hatte in seiner Sitzung vom 12. Dec. v. J. beschlossen, eine aus Beamten des Reiches und der Bundesstaaten bestehende Commission mit der Aufgabe einzusetzen, den bestehenden Zolltarif einer Revision zu unterwerfen. Der demgemäß von der zusammenberufenen Commission ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, hat mit einigen Abänderungen die Zustimmung des Bundesrathes gefunden. Die Feststellung der Motive zu diesem Entwurfe hat noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Da es jedoch den Mitgliedern des Reichstages von Interesse sein wird, möglichst bald Kenntniß von dem Inhalte der Tarifvorlage zu erlangen, so beehrt sich der Unterzeichnete schon jetzt, unter Vorbehalt der Nachlieferung der Motive, den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, wie solcher vom Bundesrath beschlossen worden, im Namen Sr. Maj. des Kaisers dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung ganz ergebenst vorzulegen. Der Reichskanzler. (Gz.) v. Bismarck.

An den Reichstag.

— Die Magdeburgerische Zeitung schreibt unter der Ueberschrift „Erbauliches“: „Ein vom 4. April datirter officiöser berliner Brief, welchen die neueste wiener Montags-Revue veröffentlicht, bringt recht erbauliche Mittheilungen über die Maßregeln, welche für den Fall getroffen werden sollen, daß der Reichstag die wirtschaftlichen Gesetzentwürfe nicht so, wie die Officiösen es wünschen, behandeln, d. h. wenn er es unternehmen sollte, die Tarifvorlage zu einer gründlichen Durchberatung einer Commission zu überweisen. Der Brief fängt gleich in der Tonart, die wir an unsern angeblichen Officiösen gewohnt sind, wie folgt an:

Der Reichstag...  
am 4. April abends an den Reichstag gelangt. Dasselbe lautet:  
Berlin, 4. April 1879. Der Bundesrath hatte in seiner Sitzung vom 12. Dec. v. J. beschlossen, eine aus Beamten des Reiches und der Bundesstaaten bestehende Commission mit der Aufgabe einzusetzen, den bestehenden Zolltarif einer Revision zu unterwerfen. Der demgemäß von der zusammenberufenen Commission ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, hat mit einigen Abänderungen die Zustimmung des Bundesrathes gefunden. Die Feststellung der Motive zu diesem Entwurfe hat noch nicht zum Abschluß gebracht werden können. Da es jedoch den Mitgliedern des Reichstages von Interesse sein wird, möglichst bald Kenntniß von dem Inhalte der Tarifvorlage zu erlangen, so beehrt sich der Unterzeichnete schon jetzt, unter Vorbehalt der Nachlieferung der Motive, den Entwurf eines Gesetzes betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebietes, wie solcher vom Bundesrath beschlossen worden, im Namen Sr. Maj. des Kaisers dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung ganz ergebenst vorzulegen. Der Reichskanzler. (Gz.) v. Bismarck.  
An den Reichstag.  
— Die Magdeburgerische Zeitung schreibt unter der Ueberschrift „Erbauliches“: „Ein vom 4. April datirter officiöser berliner Brief, welchen die neueste wiener Montags-Revue veröffentlicht, bringt recht erbauliche Mittheilungen über die Maßregeln, welche für den Fall getroffen werden sollen, daß der Reichstag die wirtschaftlichen Gesetzentwürfe nicht so, wie die Officiösen es wünschen, behandeln, d. h. wenn er es unternehmen sollte, die Tarifvorlage zu einer gründlichen Durchberatung einer Commission zu überweisen. Der Brief fängt gleich in der Tonart, die wir an unsern angeblichen Officiösen gewohnt sind, wie folgt an:

Der Reichstag ist in die Ferien gegangen und hat der Zolltarifvorlage, deren Einbringung bis morgen, Sonnabend, mit Bestimmtheit zu erwarten stand, die Thür vor der Nase zugemacht. Allerdings hat der Präsident den Abgeordneten mitgeteilt, daß die während der Ferien eingehenden Vorlagen ihnen unverweilt nachgeschickt werden sollen; aber der regierungsfreudige Wunsch, möglichst noch die erste Lesung vor den Ferien vorzunehmen, ist durch die gestern getroffene Ferien-Disposition vereitelt worden.

Nun vergleiche man damit das Aufschreiben des Fürsten Bismarck, in welchem es unter anderem heißt: „Die Feststellung der Motive zu diesem Entwurf hat noch nicht zum Abschlusse gebracht werden können.“ Der Entwurf ist noch nicht einmal fertig, noch nicht einmal begründet, und trotzdem eine solche Sprache gegenüber dem Reichstage! Es heißt in dem Berliner Briefe der Montags-Revue weiter:

Die Frage ist jetzt, wie wird der Reichstag sich zu den nunmehr definitiven Zoll- und Steuervorlagen stellen? Welche geschäftliche Behandlung wird er ihnen zunächst angedeihen lassen? Die Regierung ist positiv entschlossen, jedem Verschleppungsversuche mit ihrem ganzen Einflusse entgegenzutreten. Sollte der Reichstag dennoch eine Behandlung beschließen, welche einer Ablehnung gleichkäme, so würde die Nation zum Schiedsrichter aufzurufen sein, wahrscheinlich unter gleichzeitiger Publication des Zolltarifs auf dem Wege kaiserlicher Verordnung, vorbehaltlich der Zustimmung eines neuwählenden Reichstages, über dessen Zusammenkunft haben wir keinen Zweifel bestehen wird.

„So oder so“, triumphirt der Brieffschreiber, „jedemfalls werden die nächsten Monate den Tarif in Kraft gesetzt sehen.“ In der That, diese Kundgebung ist recht erbaulich! Erbaulich ist auch die zum Schlusse noch gemachte Mittheilung, daß die zwischen Windthorst und dem Reichskanzler stattgefundene Unterredung auf beiden Seiten einen durchaus befriedigenden Eindruck hinterlassen habe!

Die „Tribüne“ schreibt: „Es liegt in der Absicht, dem Reichstage vor dem Wiederbeginn der Arbeiten Gelegenheit zu geben, sich mit der ganzen Gruppe der Steuergesetze vertraut zu machen, und es wird daher auch wol das Brausteuergesetz seitens des Bundesrathes alsbald festgestellt werden, sodas auch noch diese Vorlage den Abgeordneten in die Heimat nachgeschickt werden dürfte. In Bezug auf dies Gesetz scheinen übrigens nicht große Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, sodas eine ziemlich glatte und schnelle Abwicklung innerhalb des Bundesrathes wahrscheinlich ist.“

Die Magdeburgische Zeitung schreibt: „Es scheint, als habe der §. 5, welcher dem Zolltarifgesetz an Antrag Preußens im Bundesrathe noch hinzugefügt worden ist, mehr Ueberraschung hervorgerufen als der ganze Tarif. Mit diesem Paragraphen wird eine Aera der Kampfzölle inaugurirt. Es wird fest versichert, daß der Reichskanzler und seine wirtschaftlichen Berather mit dem Plane umgehen, Colonialwaaren, welche indirect eingeführt werden, mit einem besondern Nachzolle zu belegen. Für den Zwischenhandel Englands und vielleicht noch mehr Hollands würde das ein schwerer Schlag sein. Ob der deutschen Rhederei, zu deren Gunsten die Einrichtung angebliß getrossen werden soll, viel damit genügt sein würde, ist sehr die Frage. Das System der Differentialtarife, welches im Binnenverkehr principiell perhorrescirt, in der Praxis aber z. B. zu Gunsten der oberschleffischen Kohlenindustrie in Anwendung gebracht wird, wäre damit auf den überseeischen Welthandel übertragen.“

Die „Germania“ bemerkt über die Stellung des Centrums zu dem wirtschaftlichen Programm des Reichskanzlers: „Vorbehaltlich der Entscheidung über einzelne Anträge des Tarifs bringt das Centrum der Reform seine Sympathien entgegen. In beiden Fragen, der Zoll- wie der finanzpolitischen, wird es einzig und geschlossen Stellung nehmen.“ Zum Schlusse wendet sich der Artikel zur Frage des Friedens mit Rom und erklärt abermals ausdrücklich: „Alles, was geschieht, stimmt die Hoffnungen herab. Der Stand der Verhandlungen ist unserm Wissen nicht günstig.“

In der unter dem Vorsitze des Staatsministers Hofmann am 5. April abgehaltenen Sitzung des Bundesrathes wurde zuvörderst ein Antrag Mecklenburg-Schwerins betreffend die Veranlagung der Gewerbesteuer der Rübenzuckerfabriken den zuständigen Ausschüssen überwiesen und sodann ein das Pensionsverhältniß eines elsas-lothringischen Friedensrichters betreffender Antrag eingebracht, über welchen in einer der nächsten Sitzungen Beschluß gefaßt werden soll. Sodann wurden auf den Bericht der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr und für Rechnungswesen die Gesetzentwürfe betreffend die Besteuerung des Tabaks und betreffend die Erhebung einer Nachsteuer vom Tabak und von Tabakfabrikaten nach den Vorschlägen der Ausschüsse mit einigen Aenderungen angenommen.

Unter dem Titel „Das Ergebnis der Eisen-enquête, der autonome deutsche Zolltarif und die gegenwärtige Lage der deutschen Eisenindustrie“ ist eine Broschüre von dem Verein deutscher Eisen- und Stahl-industrieller erschienen, welche über den Stand der

deutschen Eisenindustrie, den Import und Export von Eisenwaaren u. viel statistisches Material enthält.

Man schreibt der Weser-Zeitung aus Berlin: „Nach einer Bemerkung in der Bundesrathssitzung vom Donnerstag hat der Reichskanzler den Vorschlag eines Flaggenzolls zu Gunsten der deutschen Rhederei fallen lassen. Um so energischer scheint er auf die Einführung von Differentialzöllen zu Gunsten der directen Einfuhr von Colonialwaaren hinzuwirken, wie solche in dem französischen Tarif unter dem Titel „surtaxe de dépôt“ erhoben werden. Wie man hört, hatte der bremische Abgeordnete Mosle am Donnerstag Abend eine darauf bezügliche Conferenz mit dem Reichskanzler.“

Der Deutsche Reichs-Anzeiger bringt folgende Bekanntmachung betreffend die Uebereinkunft mit Dänemark wegen gegenseitigen Markenschutzes:

Zwischen dem Deutschen Reich und Dänemark ist durch Auswechslung von Erklärungen der beiderseitigen Regierungen eine Uebereinkunft dahin getroffen worden, daß in Bezug auf die Bezeichnung der Waaren oder der Verpackung der letztern sowie bezüglich der Fabrik- oder Handelsmarken, die Angehörigen des Deutschen Reiches in Dänemark und die dänischen Staatsangehörigen in Deutschland denselben Schutz wie die eigenen Angehörigen genießen sollen, daß ferner die Angehörigen des einen Landes, um in dem andern ihren Marken den Schutz zu sichern, die in diesem Lande durch die Gesetze oder Verordnungen vorgeschriebenen Bedingungen und Förmlichkeiten zu erfüllen haben. Die Uebereinkunft soll vom Tage ihrer Bekanntmachung an in Anwendung treten und bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung durch den einen oder den andern der vertragschließenden Theile in Kraft bleiben.

Dies wird mit Bezug auf §. 20 des Gesetzes über Markenschutz vom 30. Nov. 1874 hierdurch veröffentlicht.

Berlin, 4. April 1879.

Der Reichskanzler v. Bismarck.

Die National-Zeitung schreibt aus Berlin vom 7. April: „Die Vorschläge des Bundesrathes über die Befestigung des Reichsgerichts liegen seit Sonnabend verfloßener Woche der Entschliebung Sr. Maj. des Kaisers vor.“

Die National-Zeitung äußert über den Toast des Grafen Karolyi: „Die Kühle, mit welcher diese Tischarte hier bei uns aufgenommen worden ist, fällt in Wien auf. Die Neue Freie Presse findet das Schweigen der Berliner Blätter sogar unheimlich. Sie weiß nicht, ob sie das lateinische „Qui tacet consentire videtur“ oder das deutsche „Der andere aber geht und schweigt“ citiren soll. Wir stellen ihr ein drittes Citat zur Verfügung, das vielleicht am besten paßt, das deutsche Sprichwort, welches jede tiefere Bewegung ausschließt: „Man spricht ein Wort und lebt ein Jahr.“ Was in aller Welt hätte es uns genützt, in lebensschäftliche Bewegung zu verfallen? Dieselbe hätte ja nur 48 Stunden anhalten können, denn die heutigen Beruhigungsworte der Wiener Blätter sind so überaus beruhigend und vernünftig, daß sie nothwendig Erfolg haben müssen und wir uns die Aufwiegelung zugleich mit der Abwiegelung schenken konnten.“

Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: die Nummern der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“, welche unter der Aufschrift „Madai“, sowie derjenigen, welche an Stelle einer Titelaufschrift mit vier Fragezeichen versehen, zur Ausgabe gelangen; die Nr. 24 des diesjährigen Jahrganges der in Hottingen-Jürich in der dortigen schweizerischen Vereinsbuchdruckerei gedruckten periodischen Zeitschrift „Der freie Schweizer“; die Druckschrift „Die deutschen Arbeiter, Schauspiel in zwei Aufzügen von Adreas Scherzer“ (Hamburg 1871, Druck von W. Rosenbergl).

Der Kölnischen Zeitung wird aus Berlin telegraphirt: „In Olympia ist, während der deutsche Gesandte in Athen, Hr. v. Radowit, zugegen war, der Kopf des Flugschotes Klabeos wohl erhalten aufgefunden worden nebst mehreren römischen Alterthümern.“

Preußen. Der Neuen Preussischen Zeitung berichtet man aus Berlin: „Dem Bernehmen nach hat Sr. Maj. der Kaiser und König dem Oberhof- und Domprediger v. Hengstenberg am gestrigen Tage, wo vor 25 Jahren seine Einführung als Hof- und Domprediger erfolgte, im Hinblick darauf, daß derselbe bei seinen vorgerückten Jahren von seinen dienstlichen Functionen theilweise bereits entbunden worden ist, als besondere Anerkennung für seine langjährige, erfolgreiche seelsorgerische Thätigkeit das Kreuz der Comthure des königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen und diese Decoration mittels allerhöchsten eigenhändigen sehr gnädigen Handschreibens zu übersenden geruht.“

Der in allen liberalen Kreisen hochangesehene Obergärtnereimüller Grumbrecht in Harburg, eine der Säulen des hannoverschen Liberalismus, schließt eine Zuschrift an den Hannoverischen Courier, worin er sich des längern über die wirtschaftliche Lage äußert, mit folgenden Worten:

In diesem Proceß will man jetzt durch eine vollständige Revolution oder Reaction auf dem ganzen wirtschaftlichen,

namentlich handelspolitischen Gebiete eingreifen, indem man die seit mehr als einem Menschenalter nach und nach ausgebildete internationale Arbeitstheilung ganz allgemein und mit einem mal zu beseitigen oder mindestens zu beschränken versucht. Welche Folgen daraus entstehen müssen, kann keinem, mag er auch einen gewissen Schutz der nationalen Arbeit für berechtigt halten, zweifelhaft sein, welcher länger als seit einigen Jahren sich mit den wirtschaftlichen Gesetzen beschäftigt hat und im Stande gewesen ist, deren theoretische Entwicklung wie deren praktische Verwirklichung während eines halben Jahrhunderts zu verfolgen. Allerdings nicht allein der einzelne Mensch, solange er lebt und wirkt, sondern auch die ganze Menschheit hat nicht selten eine geraume Zeit falschen Ansichten und Theorien gehuldigt. Daß aber die nach langem Kampfe besiegten Irrthümer sich mit einem mal wieder als gewissermaßen neue und große Wahrheiten geltend machen, daß man die Wissenschaft und Theorie sowie deren Träger geradezu verächtlich behandelt, das ist dem Biertheil des Jahrhunderts vorbehalten, in welchem die ganze Menschheit gerade auf diesen Gebieten solche Fortschritte gemacht hat, wie sie sonst in Jahrtausenden kaum vorgekommen. Dasselbe Jahrzehnt, in welchem der Westpostverein entstanden, soll Zolltarife bringen, welche darauf berechnet sind, die wirtschaftliche Arbeit der einzelnen Völker auf deren Gebiet zu beschränken! Und das alles, weil man nicht bekennen will, daß man die jetzigen, wenig befriedigenden Zustände selbst verschuldet, und deshalb einen Sündenbock, die Handelsfreiheit (von der wir noch weit entfernt sind) haben muß. Mögen die Folgen dieser Handlungsweise das deutsche Volk nicht zu schwer treffen.

Der „Harburger Aufrührproceß“, der durch Verkündigung des Erkenntnisses (s. die vorige Nummer) zum Abschluß gekommen, bringt die Ereignisse in Erinnerung, die ihn veranlaßten. Es waren dies bekanntlich folgende. Am 17. Aug. 1878 fand in Harburg die Stichwahl zwischen dem dortigen Obergärtnereimüller Grumbrecht und dem Grafen Grote statt. Der letztere, welfischer Particularist, trug mit Hilfe der Socialdemokraten den Sieg über den national-liberalen Candidaten davon. Nach der Wahl sammelte sich eine sehr zahlreiche aufgeregte Menschenmenge auf einem freien Plage, besonders Arbeiter; man begann das Haus des Buchdruckerbesitzers Lüthmann, wo die national-liberale Harburger Zeitung gedruckt wird, durch Steinwürfe zu demoliren, drang auf einen Fabrikanten ein, der als thätiges Mitglied des liberalen Wahlcomité bekannt war u. Die bewaffnete Macht, über welche die Polizeibehörde verfügen konnte, bestand, weil das dort garnisonirende Infanteriebataillon gerade zum Manöver ausgerückt war, aus nur 12 Mann Militär, dazu die städtischen Polizeibeamten und einige Gensdarmen. Zum Schutze von Personen und Eigenthum griff die städtische Feuerwehr thätig ein, indem sie mit ihren Spritzen operirte. Die Menschenmenge unterhielt wol eine Stunde lang ein Bombardement mit Pflastersteinen gegen die Organe der Ordnung. Als endlich das Militär scharf schoß und die Feuerwehr mit ihren Werkzeugen auf die Angreifer einhieb, zerstreute sich die Menge. Durch die Schüsse des Militärs wurden drei Arbeiter getödtet, mehrere schwer verwundet, ein anderer wurde durch einen Steinwurf getödtet. Von den 89 Feuerwehrleuten wurden 36 zum Theil schwer verletzt. Die Gensdarmen und Polizeileute erhielten sämmtlich Verletzungen, auch die meisten Soldaten wurden durch Steinwürfe getroffen.

Thüringische Staaten. Jena. 6. April. Nachdem aus unserm 2. Wahlkreise und zwar speciell aus dem Kreise Gamburg an den Abg. Lasker eine Adresse mit dem Begehren, energisch für Schutzzölle einzutreten, gerichtet worden ist, wurde aus den industriereichsten Bezirken seines Wahlkreises, und zwar besonders aus dem Kreise Sonneberg, an den genannten Abgeordneten das Ersuchen gerichtet, gegen Schutzzölle und für den möglichst freien Verkehr wirken zu wollen. Die Wähler führen aus, daß in ihrem Kreise 77 Proc. der Bevölkerung von Handel, Industrie und Gewerbe, und nur 13 Proc. von Ackerbau und als Beamte leben, daß die Industrie des Thüringerwaldes eine internationale sei. Die ackerbaureibende Bevölkerung verwerthet ihre Producte bei den Industriellen und kann daher nur gewinnen, wenn letztere in ihrem Betriebe nicht gehemmt werden. Es heißt dann wörtlich:

Die Hausindustrie und das Kleingewerbe, die gerade namentlich in Deutschland von großer Bedeutung sind und sich exportfähig erwiesen haben, folglich die Grundlage für die Gegenseitigkeit des internationalen Verkehrs mit bilden, werden durch unaußbleibliche Repressalien gegen Deutschland leiden müssen und zuletzt untergehen. Ueber den kleinen Landmann, der in der Nähe solcher Industriegebiete wohnt, wird der Großgrundbesitzer dann ebenso zur Tagesordnung übergehen wie früher der Großeisenerwerbhaber über unsere früheren kleinen Eisenwerke.

**Oesterreich-Ungarn.**

Unter den Adressen, welche dem ehemaligen Justizminister und gegenwärtigen Präsidenten des Reichsgerichtes, Baron Karl Krauß, gelegentlich seines Jubiläums des siebenzigjährigen Staatsdienstes zugegangen, ist eine vom Herrenhause ausgehende, dessen Mitglied Baron Krauß ist. Sie lautet:

Seinem von allen gleich hochverehrten Mitgliede, dem energischen Pfleger und Schirmer des Rechtes in siebenzigjährigem Walten des Richteramtes, dem hingebungsvollen Diener seines Kaisers und überzeugungstreuen Feueriferer für des Vaterlandes Wohl, dem weisen Staatsmanne an der Seite der Krone wie im Gesetzgebungsrathe, dem hochgebildeten Manne der Wissenschaft und seinen Kunstener,

dem edeln Menschenfreunde und mustergültigen Familienwater Dr. Karl Febr. v. Krauß widmet zu seinem heute vollendeten 70. Staatsdienst- sowie zu seinem 90. Lebensjahre das Herrenhaus die herzlichsten Glück- und Segenswünsche!

Eine Adresse des Reichsgerichtes lautet: Hochverehrter Herr Präsident des Reichsgerichtes! Nach 90 Jahren eines ehren- und thatenreichen Lebens noch ungeschwächte Geistes- und Körperkräfte zu bewahren; nach 70 Jahren des Wirkens auf allen Stufen des Richteramtes bis zu der erhabenen Stellung an der Spitze der höchsten Gerichte des Reiches noch in ungebrochener Thätigkeit des Richteramtes zu walten; im Rathe der Krone mit unerschütterlicher Treue und Hingebung an den Thron gewirkt zu haben und fortan im ständigen Gesetgebungskörper des Reiches mit niemals ruhender Thätigkeit für des Vaterlandes Wohl zu wirken, ist eine Gabe des Himmels, die vor Ihnen kaum jemals einem Sterblichen beschienen ward! Ist nun der heutige Tag, an dem Ew. Exc. das 70. Dienstjahr vollendet haben, ein Fest- und Jubeltag für den gesamten Richterstand und für Ihre übrigen zahllosen Freunde und Verehrer, ja für das ganze Land, so wird derselbe noch mit erhöhter Weihe und innigerer Verehrung von denjenigen begrüßt, welche seit dem zehnjährigen Bestande des Reichsgerichtes das rastlos thätige und rühmliche Wirken ihres verehrten Präsidenten in seltener Vollendung vor sich entfalten sehen. Wenn scharfblickender Verstand, gründlichste und umfassendste Gesetzeskenntnis und alles erweckende Umsicht, gepaart mit der Bescheidenheit des Weisen und mit makelloser Reinheit des Charakters, mit unbeugsamem Rechtsfinne und mit unerschütterlichem Festhalten an Recht und Gesetz; wenn wärmstes Pflichtgefühl im Dienste mit dem reinsten menschlichen Wohlwollen sowie mit wahrhaft jugendlicher Geistes- und Verjüngungsfrische als das Ideal eines vollkommenen Richters gelten müssen, so verehren wir alle in Ew. Exc. nicht nur den vom Monarchen berufenen und geweihten auch berufenen Leiter unserer Verhandlungen und Beratungen, sondern zugleich das mustergültige Vorbild in der Verwaltung des heiligen Richteramtes. Darum wollen Ew. Exc. am heutigen Tage unsere weisevolle Huldigung und unsere freudigsten Fest- und Jubelgrüße nebst der Bezeugung unserer bewundernden Verehrung und unserer treuen Ergebenheit entgegennehmen.

Auch der Vorsitzende im Ministerrathe, Minister Dr. v. Stremayr, und der Justizminister Dr. Glaser haben im Namen des Cabinets dem Jubilar Glückwünsche gebracht.

Der ausgburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Wien vom 5. April über die Tischrede des Grafen Karolyi in der Gesellschaft zur Unterstützung nothleidender Ausländer in London:

Unter dem historischen Ereignisse, auf welches sich Graf Karolyi bezog und hinter welchem allerlei gesucht worden ist, wie aus dem Wortlaut der Rede hervorgeht, der auf dem Congreß zu Stande gekommene Berliner Vertrag gemeint, und wenn Graf Karolyi sich selbst, beziehungsweise daß er zur Vertretung Oesterreichs in London berufen worden, das sichtbare Zeichen jenes historischen Ereignisses nannte, so ist dies eben ein Hinweis darauf, daß er selbst Mitunterzeichner ist. Durch den Trinkspruch des Grafen Karolyi wird die volle Uebereinstimmung Oesterreichs und Englands betreffend die Gestaltung der Dinge im Orient auf das feierlichste constatirt, und jene, welche bis in die neueste Zeit unablässig bemüht waren, die Haltung Oesterreichs so darzustellen, als begünstigte dieselbe eine russische Politik im Orient oder leiste dieser Vorschub, müssen eben die Welt glauben machen, daß auch England im Orient die Geschäfte Russlands betreibt. Selbstverständlich bezieht sich die österreichisch-ungarische Uebereinstimmung auch auf die Lösung der Frage der osttriumphalen Befestigung, sowie ich Ihnen dem gegenüber da oder dort noch immer laut werdenden Zweifel an der principuellen Einigung der Mächte über den Vorschlag der gemischten Befestigung nur wiederholen kann, daß diese Uebereinstimmung eine vollständige ist, und daß die noch schwebenden Verhandlungen sich nur auf die Ausführungsmodalitäten seitens der actio theilnehmenden Staaten beziehen. Diese Verhandlungen werden aber, wie gesagt, noch fortgesetzt, und ich kann Ihnen daher von neuem wiederholen: daß jene positiven Angaben, die bezüglich der Stärke der Contingente und der Detachements, wo diese aufzustellen seien, gemacht werden, noch immer sammt und sonderb verfrüht sind.

Die „Presse“ berichtet aus Wien über eine am 5. April erfolgte Verhaftung socialistischer Studenten: „Die Zahl der Verhafteten ist fünf. Es sind Studenten der Medicin und der Technik und sämtlich Ausländer: vier stammen aus Russisch-Polen, einer aus Serbien. Sie gehören derselben Gesellschaft an, deren Statuten vor drei Jahren bei Gelegenheit der Verhaftung des Scriptoris Terlepsi in die Hände der Sicherheitsbehörde fielen. Die Polizeidirection hat seither das Treiben dieser socialistischen Propaganda nicht außer Auge gelassen und ist jetzt abermals gegen dieselbe eingeschritten, da es sich herausstellte, daß zwischen den wiener Studenten und den in Krakau verhafteten ein Zusammenhang bestand. Doch sind die hier verhafteten Studenten nichts weniger als bedeutende Agitatoren. Sie waren höchstens Agenten der im Auslande weilenden Agitatoren und gaben denselben, so oft diese Wien passirten, theils Unterstand, theils Gelegenheit, ihre Broschüren und Flugschriften hier zu deponiren. Der Vertrieb der revolutionären Gedichte Schewtschewski's, der socialistischen und revolutionären Arbeiten Dragomanow's bildete den Hauptbestandtheil ihrer Thätigkeit. Man fand bei ihnen eine größere Anzahl solcher Broschüren und Correspondenzen, welche über ihre Verbindungen Aufschluß geben. Die Agitationen waren alle gegen Rußland gerichtet und namentlich sollte auf die Studenten und das Landvolk in Kleinrußland eingewirkt werden. Einer der Studenten stammt aus Kiew und hat diese Stadt nach den dortigen Studentenunruhen verlassen.“

Unterm 8. April berichtet die „Presse“: „Die gestern in Pest genommenen fünf Studenten hatten im Laufe des heutigen Tages abermals mehrstündige Verhöre zu bestehen. Die Vermuthung, daß einer der Inhaftirten, Namens Bertuczynski, der Hauptagitator auf hiesiger Plage gewesen, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Von gutunterrichteter Seite wird uns mitgetheilt, daß er diese socialistische Propaganda in Wien zu leiten übernommen hat. Die Agitationen waren aber nicht gegen Oesterreich, sondern gegen Rußland gerichtet. In der Wohnung Bertuczynski's wurden auch die meisten socialistischen Broschüren, Proclamationen und Flugschriften vorgefunden und saisirt. Auch die Probenummer einer kürzlich in London erschienenen Zeitschrift social-revolutionärer Tendenz mit dem Titel „Mabai“ fiel der Polizei in die Hände. Die Inhaftirten Socialisten werden dem Landesgericht eingeliefert werden.“

Ueber die Beleidigung des österreichischen Consuls in Widbin wird der Neuen Freien Presse aus Widbin vom 1. April berichtet:

Gegen den österreichisch-ungarischen Unterthan Jozo Aftanovitsch, Hotelier daber, trat ein serbischer Unterthan wegen geschäftlicher Differenzen bei dem hiesigen bulgarischen Gericht klagbar auf. Der Hotelier wurde verurtheilt, seine Appellation als ein freches Verlangen bezeichnet. Man schritt unverzüglich zur Ausführung des Urtheils, zur Sequestration, ohne dies vorher dem österreichisch-ungarischen Consul zur Kenntniß zu bringen. Gerichtsbeamte und Gensdarmen bringen am 31. März nachmittags lärmend in das Local, auf alles, was österreichisch ist, stüchend. Der Hotelier wendet sich in seiner Angst an den Consul, der sich sofort in das Local begibt. In ruhigem Tone setzt er den Beamten ihr ungeschickliches Vorgehen auseinander. Statt dieses höflichen Benehmen zu würdigen, machen die Beamten ihre Glocken; die Gensdarmen, mit ihren Säbeln klirrend, gehen vor dem österreichisch-ungarischen Consul auf und ab, der mit stoischer Ruhe das unwürdige Betragen dieser Leute hinnimmt. Endlich erscheint der russische Gouverneur, den die Beamten, nachdem sie nicht wußten, was sie thun sollen, hatten rufen lassen. Es ist dies, wie ich hörte, General Biskoloff, ein Bulgare von Geburt. Nach gegenseitiger Begrüßung theilte der Consul dem Gouverneur das Vorgefallene mit, die Proceur tabelnd und die schmählische Ausführung der bulgarischen Beamten und Gensdarmen brandmarkend. Der Consul fügte hinzu, er wolle den ganzen Vorgang seiner Regierung berichten und protestire gegen einen solchen Act der Ungerechtheit. Während dieser kurzen Unterredung stimmte das Gesicht des Gouverneurs vor Zorn. Er gab den Beamten recht. „Was?“ schrie er, „Sie protestiren! Sofort soll ein Protokoll hier aufgenommen werden, daß ein Fremder sich in unsere Angelegenheiten einmengt, wir kennen keinen österreichisch-ungarischen Consul; hier ist ein freies Bulgarien, hier haben nur Russen zu befehlen!“ Das war denn doch zu viel. Kurz und bündig erklärte der Consul, daß hier in diesem Hause, wo ein österreichisch-ungarischer Unterthan wohne, österreichisch-ungarisches Territorium sei und hier niemand ohne seine Einwilligung etwas zu machen habe. Auch werde er jenes tabelnde Protokoll hier nicht abfassen lassen. Der Consul ging auf das Protokoll zu, um es zuzumachen. Darauf hin befahl der Gouverneur den Gensdarmen, an den Consul Hand zu legen, ihn aus dem Locale hinauszuwerfen. Die Gensdarmen standen verdußt da. Jetzt sagte der Gouverneur selbst den Consul an der Brust; Beamte und Gensdarmen stürzten hinzu, vergriffen sich thätlich an dem Consul und mißhandelten ihn sogar. Auf der Gasse schrien sie: „In die Donau mit ihm!“ So wurde der österreichisch-ungarische Consul in dem „freien Bulgarien“ von einem russischen Gouverneur behandelt. Wird sich die österreichische Regierung für den ihrem officiellen Vertreter angethanen Schimpf Genugthuung zu verschaffen wissen?

Italien.

Gelegentlich der Ankunft der Königin Victoria in Baveno richtete Garibaldi folgende Depesche aus Caprera an die Redaction der Capitale in Rom:

Zu dem officiellen Bewillkommungsgruß, der der erhabenen Souveränin von England angeboten wurde, hält es das italienische Volk für seine Pflicht, auch den feinsten hinzuzufügen, um sie zu beglückwünschen und ihr seine tiefgefühlte Dankbarkeit auszudrücken für alles das, was sie edel, von ihr so würdig regierte englische Nation für die Einheit unsrer Vaterlandes geleistet hat. Giuseppe Garibaldi.

Aus Rom vom 3. April schreibt man der Kölnischen Zeitung: „Man hört, daß die Umgebung des Papstes und wol auch der Papst selbst schon verschiedentlich versucht haben, bei den Verhandlungen mit Deutschland zu befristworten, daß den Jesuiten der Eintritt ins Deutsche Reich wieder gewährt werde. Dieses Verlangen kann den Verhandlungen natürlich nur schädlich sein.“

Frankreich.

\* Paris, 6. April. Das Journal des Débats und die Republique française zeigen sich von den Erklärungen, welche Lord Beaconsfield im englischen Parlament bezüglich der griechisch-türkischen Grenzregulirung gibt, sehr verstimmt. Diese zweideutigen Aeußerungen, meinen sie, könnten den Widerstand der Pforte gegen die von dem Berliner Congreß vorgezeichnete Lösung nur ermutigen. Besonders gereizt äußert sich das Organ Gambetta's, der allerdings nach den närrischen Reclamen, die er sich wegen seiner Begegnung mit dem Prinzen von Wales machen ließ, vor seinem Publikum jetzt einigermaßen lächerlich dasteht. Gleich bei der ersten Gelegenheit, wo England seine freundschaftlichen Gesinnungen für die französische Republik, welche Griechenland

unter ihren besondern Schutz genommen hat, bezeugen soll, fällt es ab und verräth seinen alten Egoismus. Selbst die Thatfache, daß Gambetta einmal mit dem Sohne der constitutionellen Königin im Hôtel Bristol unter vier Augen geküßt hat, vermochte an dieser schändlichen Haltung nichts zu ändern. Die Republique française ist also sehr giftig und hält dem Lord Beaconsfield einen Vortrag über die Consequenzen eines völlerrechtlichen Vertrages. Sie sagt:

Gewiß, wenn morgen eine der Vertragsmächte den Berliner Vertrag bräche, würden die andern Regierungen, welche denselben unterschrieben haben, ihr nicht gleichs ver-eint den Krieg erklären. Der Vertrag fielen nur ins Wasser und jeder Theil würde seine Handlungsfreiheit wieder. Die der griechischen Nation zu gewährenden Genugthuung ist also nicht mehr und nicht weniger verbindlich als die andern Theile des Vertrages, und wenn die englische Regierung Werth darauf legt, daß die Berliner Uebereinstimmung gehalten werden, soweit sie den Interessen Großbritanniens vortheilhaft sind, muß sie mit nicht geringerer Entschiedenheit als Frankreich darauf bestehen, daß die Dohse Worte dem Willen Europas Folge leiste. Es wäre wirklich sonderbar, wenn gerade von derjenigen Seite, auf deren Mitwirkung die französische Regierung für die Ansprüche ihrer Schützlinge am meisten gerechnet hat, das größte und vielleicht das einzige Hinderniß käme.

Aus Tulle vom 4. April berichtet man dem „Figaro“: „In der hiesigen Kathedrale hat sich infolge einer Predigt, welche ein Mönch vom Orden der Oblats am 4. April gehalten hat, eine tumultuariöse Scene ereignet. Der Prediger hatte einige Worte gegen den Unterricht durch Laien, deren heftiger Gegner er ist, gerichtet, und darauf hin bildete sich in der Kirche eine Gruppe, welche die „Marxistalaise“ intonirte. Mitten in dieser Unordnung rief jemand: „Es lebe die Commune!“ Der Tumult wurde immer größer, und schließlich zündete ein Individuum eine Cigarre an, ballte gegen den Prediger die Faust und schrie: „Man gebe uns Kanonen und Mitrailleurten, um mit Granaten dreinzuschießen!“ Der Procurator der Republik forderte infolge dessen den Mönch auf, seine Predigten zu unterbrechen. Von einer Bestrafung der Ruhestörer ist indeß keine Rede gewesen.“

Großbritannien.

Der Times wird aus Rom geschrieben: „Die Neuigkeit des Tages ist hier, daß Papst Leo XIII. den Chef des Malteserordens zum Großkreuz erhoben hat, wodurch er den Titel „Serenissima Altezza“ und den Rang eines souveränen Fürsten erhält. Dieser Act souveräner Autorität von seitens des Papstes hat in Rom großes Aufsehen gemacht. In den letzten Tagen haben der Kaiser Franz Joseph, der König von Württemberg und Prinz de Ligne den Großmeister um Verleihung des Malteserordens ersucht.“

Belgien.

Aus Brüssel vom 6. April berichtet man der Kölnischen Zeitung: „Der von dem Unterrichtsminister angeordnete Maueranschlag, über den sich die Clerikalen so erhitzt und erbost haben, war in sämtlichen Ortschaften Ostflanderns mit der Unterschrift des Provinzgouverneurs Grafen Sereloes versehen. Die Echtheit dieses Namenszugs erschien dem Wien public so ungläublich, daß es die Unterschrift geradezu für gefälscht erklärte, da ein so gläubiger Katholik, wie der Graf sei, sich unmöglich zum Mitschuldigen des unehrenhaften Feldzugplans der Regierung gegen die Kirche habe machen können. Jetzt muß das fromme Blatt zugeben, daß das „Unmögliche“ wirklich geschehen ist und daß der Gouverneur von Ostflandern ganz freiwillig die Missethat begangen hat, im Namen des Unterrichtsministers das gläubige Volk über Art. 4 des Schulgesetzentwurfs aufzuklären. — In Antwerpen sind, wie der Précurseur berichtet, zwei vornehme Damen von Haus zu Haus gegangen und haben „im Namen der Königin“ Unterschriften gesammelt zu einem Protest der belgischen Frauen gegen das Gesetz, das die Priester aus allen Schulen des Landes hinausjagen will. Der Zweck muß auch dieses verlogene Mittelchen heiligen.“

Schweden und Norwegen.

Vom norwegischen Missionsvorsteher im Zululande, Bischof Schreuder, ist in Norwegen ein Brief, datirt den 14. Febr., eingetroffen. König Ketschwayo hatte dem Bischof das Versprechen gegeben, zwei Mann aus seinem Heere vom Kriegsdienst zu befreien, um die Missionsstation Entumeni zu beschützen, und er hat sein Versprechen gehalten. Die Station ist während des ganzen Krieges unberührt geblieben, und als der Brief abging, hielten sich noch viele christliche Eingeborene der Bevölkerung der Station dort auf. Der Bischof hatte einen Boten nach Umpumulo (die Station der Stawangergesellschaft in Natal) abgesandt, welcher mit dem Bescheid zurückkam, daß die dortigen Missionare ihre Station verlassen hatten, ohne das Ziel ihrer Reise anzugeben.

Rußland.

Die Independance belge hält nach Informationen aus Petersburg das Gerücht, daß Kaiser Alexander

zur Goldene zu reisen gewöhnliche bis in die — Aus P tang untern folge des At vorgenomme Dimensionen sich im Bef Auge und Zimmer, welches vor nichtet wor hier allgem und verspro heute jedoch blicken lassen alten Logis schwunden, der Dritten Bekannten aufgehoben, sand. Die lich eine ti reden. So struit wort effizier) um einem Qua hrisige Män können unter haben. Tro den Sicherh brecher festz bereits arce Unmittelbar den Genera comite schon Reichswürde man den K nichts zu fü nen nicht a als bis die Kaiser umg Richter n U samkeiten u hältnisse in leudtet und nirten eine lasse. Öbre die Gefange oder durch so werde a die Chese d Kaiser soll heit der rus strengsten I hört, beabf erlaubt, nach — Zum V erhält das M Mittelteilung Umgebung d burg Mitver Als Genera erhielt, zerr Personen m mit dem T richtig gesch wenigen Su richtig gesch das erste S verächtlich rect geschrie Orthographi — Der V denten de mischen E begangen, d wurden. E daß die St gehends den revolutionär an dem V ebenfalls ei geschriebe. Fr. Katsch bog, auf ni — Wie di richtet, hab Socialiste Haupt der an der No Buch, Ton um das Pa ein zahlreich blieb dort des ganzen

zur Goldenen Hochzeit des Kaisers Wilhelm nach Berlin zu reisen gedenke, für begründet. Man sage, die gewöhnliche Reise des Kaisers nach Livadia solle deshalb bis in die ersten Herbsttage verschoben werden.

Aus Petersburg schreibt man der Schlessischen Zeitung unterm 2. April: „Die Arretirungen, die in Folge des Attentats auf den Generaladjutanten Drentelen vorgenommen werden, nehmen von Tag zu Tag größere Dimensionen an. Es ist wol kaum ein Student, der sich im Besitz eines Dolches oder Revolvers sah, dem Auge und Arm der Polizei entgangen. Neben dem Zimmer, welches ich bewohne, befindet sich ein zweites, welches vor mehreren Tagen von zwei Studenten gemiethet wurde. Die jungen Leute bezahlten, wie das hier allgemein üblich, das Miethgeld pränumerando und versprachen am nächsten Tage einzuziehen. Bis heute jedoch haben sich die Miethsöhne nicht wieder blicken lassen und eingezogene Erkundigungen in ihrem alten Logis blieben erfolglos. Beide sind spurlos verschwunden, d. h. sie befinden sich in Gewahrsam bei der Dritten Abtheilung. In dem Hause eines meiner Bekannten wurde vorgestern Nacht ein junger Student aufgehoben, der sich im Besitze eines Revolvers besaß. Die Behörden gehen rücksichtslos vor, um endlich eine tiefer gehende Spur der Verbrecher zu entdecken. So sind z. B. die Dworniks (Portiers) inhaftirt worden, dem nächsten Pristaff (Polizeidistricts-offizier) umgehend Anzeige zu machen, sobald sich in einem Quartier mehr als drei nicht in das Haus gehörige Männer zum Besuch einfänden. Whistpartien können unter Umständen also recht unbequeme Folgen haben. Trotzdem zweifelt man hier allgemein, daß es den Sicherheitsbehörden gelingen wird, den letzten Verbrecher festzunehmen, denn das Gerücht, derselbe sei bereits arretirt worden, scheint sich nicht zu bestätigen. Unmittelbar nach dem verunglückten Mordversuche gegen den General Drentelen wurden von dem Revolutionscomité schon neue Drohbrieife an alle hier anwesenden Reichswürdenträger versandt, in denen es heißt, daß man den Kaiser schonen würde, aber edle Jar habe nichts zu fürchten, dagegen würden die Verschworenen nicht aufhören zu schießen, stechen und morden, als bis die ganze Sippchaft vertilgt wäre, die den Kaiser umgibt. Man wirft in diesen Schriften den Richtern Ungerechtigkeiten, den Kerkermeistern Grausamkeiten vor. Unter andern werden die innern Verhältnisse in der berüchtigten Dritten Abtheilung beleuchtet und verlangt, daß man den von dieser Internirten eine menschenwürdiger Behandlung zukommen lasse. Höre man nicht auf, so lauten die Drohungen, die Gefangenen durch Hungercuren oder Durstqualen, oder durch Prügelstrafen zum Geständniß zu bewegen, so werde auch das Revolutionscomité nicht aufhören, die Chefs der Dritten Abtheilung wegzuputzen. Der Kaiser soll über die unerhörte Frechheit und Verwegenheit der russischen Socialisten außer sich sein und die strengsten Maßregeln anbefohlen haben. Wie man hört, beabsichtigt der Hof, sobald es die Witterung erlaubt, nach Livadia abzureisen.“

Zum Attentat auf den General Drentelen erhält das Neue Wiener Tageblatt eine „wohlverbürgte“ Mittheilung, wonach sich fogar in der unmittelbaren Umgebung des Chefs der Dritten Abtheilung in Petersburg Mordversuche des Attentäters befunden haben. Als General Drentelen nämlich den ersten Drohbrief erhielt, zerriss er ihn vor den bei ihm versammelten Personen mit der Bemerkung: „Dieser Brief, der mir mit dem Tode droht, ist nicht einmal orthographisch richtig geschrieben. Wer kümmert sich darum!“ Nach wenigen Stunden erhielt er einen zweiten, orthographisch richtig geschriebenen Brief, in welchem es hieß, da er das erste Schreiben wegen unrichtiger Rechtschreibung verächtlich zerrissen habe, so sende man ihm ein correct geschriebenes Todesurtheil, das im Punkte der Orthographie nichts zu wünschen übriglasse.

Der Moskauer Zeitung zufolge haben die Studenten der Moskauer Petrow'schen agronomischen Schule wiederholt solche Ausschreitungen begangen, daß deshalb gegen 200 Studenten verhaftet wurden. Bei der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Studenten der Petrow'schen Schule fast durchgehend dem Socialismus huldigen und Anhänger der revolutionären Partei sind. Der neulich in Moskau an dem Beamten Tscherskoff verübte Mord wird ebenfalls einem Studenten der genannten Schule zugeschrieben. Desgleichen wird der Mord, den das Fr. Katschka an dem Studenten Bairaschewski vollzog, auf nihilistische Ursachen zurückgeführt.

Wie die Neue Zeit nach polnischen Blättern berichtet, haben in Warschau die Arretirungen von Socialisten und Revolutionären begonnen. Das Haupt der warschauer „Unzufriedenen“ wurde in dem an der Worschanfaja belegenen Hause der Schlosser Buch, Tomaszewski u. Comp. entbedt. Die rings um das Haus aufgestellten Gensdarmepikets hatten ein zahlreiches Publikum herangelockt. Dasselbe verblieb dort die ganze Zeit und betrug sich während des ganzen Verlaufs der Hausdurchsuchung, von 5 Uhr

nachmittags bis 2 Uhr nachts vollständig ruhig. Die Polizei gab dem neugierigen Haufen an, sie stelle Recherchen nach Falschmünzern an. Bei der Hausdurchsuchung fand man viele Broschüren socialistischen und revolutionären Inhalts und Manuscripte in polnischer Sprache, viele Revolver, Dolche, Patronen u., sowie auch einige Rassen mit Schriftstücken. Einige Tage später fanden Verhaftungen auf der Station der Warschau-Wiener Bahn statt. Bei sämmtlichen Inhaftirten wurden geladene Revolver vorgefunden.

Zwischen Rußland und China hat sich über das Territorium von Kuldscha eine Differenz erhoben, zu deren Begleichung der Kaiser eine Commission ernannt hat, die aus den Herren Giers aus dem Ministerium des Aeußern, dem ehemaligen russischen Botschafter in Peking Buzow, dem Finanzminister Greig, dem Obersten Kuropatkine und andern hohen Staatsbeamten besteht. China fordert das Territorium von Kuldscha zurück, da es in der Provinz von Shi eine wahre Oase bildet, deren gemäßigtes Klima und Reichthum an Metallen und Steinkohlen sie zu einem begehrenswürthen Gegenstande für Rußland gemacht hätte. Vor etwa zehn Jahren hatten die Bewohner von Kuldscha, die unter fortwährenden Kämpfen der Chinesen mit den Dughonesen schwer litten, die Protection Rußlands nachgesucht. Infolge davon wurde Kuldscha von einer russischen Colonne besetzt. Da nach Wiederherstellung des Friedens die Aufforderung der Russen, das Territorium von Kuldscha wieder zu besetzen, unbeachtet blieb, erachteten die Russen es nicht für angezeigt, dasselbe zu verlassen. Jetzt nun fordert China dasselbe zurück. Die Russen werfen aber ein, daß, nachdem sie das Gebiet so lange und ohne Unterbrechung zu dessen Gedeihen verwaltet, kein Grund zur Zurückforderung desselben vorliege.

Türkei.

Konstantinopel, 31. März. Die Unklarheiten der Lage dauern fort. Man unterhandelt über drei wichtige Fragen: die griechische Grenzrectification, die Besetzung von Novibazar und die in Ostrumelien zu schaffenden Garantien zugleich, ohne daß sich bis heute feststellen ließe, ob man in den beiden letztern demnächst zu einem befriedigenden Resultat gelangen werde. Auch darüber sind die Meinungen getheilt, ob in der ersten nur eine Vorverständigung zwischen den Mächten oder ein Definitivum erreicht worden ist. Die Ansicht ist eine wohlaccredidirte und dennoch noch nicht durchaus allen Zweifeln enthobene, daß nach dem Willen Europas Janina bei der Türkei verbleiben werde. Bereits am letzten Sonnabend wurde die bezügliche Nachricht durch die hiesigen türkischen Journale verhandelt, allein schon am Nachmittag desselben Tages glaubte der im hellenischen Interesse geschriebene und durch die hiesige französische Botschaft inspirirte Phare du Bosphore ihr ein Démenti entgegenstellen zu dürfen. Im allgemeinen verdient der Eifer volle Beachtung, mit dem Frankreich hier für Griechenlands Interessen eingetreten ist. Derselbe erweckt die Vermuthung, daß nicht unerhebliche Pläne sich dahinter verbergen dürften. Einen bemerkenswerthen Eindruck von diesem Treiben gewinnt man aus der neuesten Haltung der hier in französischer Sprache erscheinenden Journale. Mit Ausnahme des der russischen Botschaft dienenden Courier d'Orient nehmen fast alle, im besondern der vorerwähnte Phare du Bosphore und der Stamboul Partei für die griechische Sache, und zwar in einer Sprache, die, wenn sie nicht durch Hrn. Fournier, den französischen Botschafter, inspirirt wäre, kaum einem Verweise seitens der türkischen Censurbehörde entgehen würde. Wie es heißt, wird sich dieser Diplomat am nächsten Mittwoch auf dem nach Marseille abgehenden Messageriedampfer einschiffen. Es muß einigermaßen in Verwunderung setzen, daß zum Antritt des bereits früher in Aussicht genommenen gewesenen Urlaubs gerade der jetzige Augenblick gewählt wird. Denn bedeutende Fragen, unter denen man der ostrumelischen das Hauptgewicht beizumessen hat, befinden sich, wie oben bemerkt, eben jetzt in der Schwebe. Ich erwähne hier nur nebenbei die Vermuthung, der neuerdings unter Bezugnahme auf diese Umstände hier Ausdruck gegeben worden ist, daß man in Paris den Augenblick für gekommen erachte, die auf eine Engagierung Frankreichs im Orient hingewendete Tendenz seines hiesigen Vertreters rücktreten zu lassen und auf neue eine Position des Abwartens und des Beobachtens einzunehmen.

Afrika.

Die Insel Matacong, deren Besitznahme durch die Franzosen, in Folge eines mit den Einwohnern geschlossenen Vertrages, die Daily News nach einem Specialtelegramm aus Mabeira gestern meldete, liegt an der Westküste Afrikas, etwas über 9 Grad nördlicher Breite und etwa 4 Grad östlicher Länge, nicht sehr weit von der Mündung des Flusses Mallecory. Das dortige Küstenland bis nördlich zum Cap Berga wird zu der englischen Colonie Sierra Leone gerechnet, obgleich es von nur wenig Europäern, zum Theil theils von Eingeborenen, theils von freien Negern,

welche die Engländer dorthin versetzten, bewohnt wird. Die Insel Matacong selbst war bisher fast ganz unbekannt, daher auch die geographischen Hülfsmittel davon wenig sagen. Sie ist nur vier bis fünf Quadratmeilen groß.

Ueber den neuesten Vorgang, der die Aufmerksamkeit auf Matacong gelenkt hat, schreibt der West-African Reporter von Sierra Leone:

Es war am 15. März, als in Sierra Leone sich das Gerücht verbreitete, die Franzosen hätten Truppen auf Matacong gelandet und zwei französische Kanonenboote dort vor Anker gehen lassen, um die Insel zu besetzen und die französischen Interessen zu schützen. Ihrer Maj. Schiff Bozer, welches im Hafen lag, wurde denselben Abend abgelandet, um die Wichtigkeit des Berichtes zu erforschen und dem commandirenden französischen Offizier einen Protest des Administrators Streeten gegen die Occupation zu übergeben. Zur Zeit der französischen Besetzung von Matacong war nämlich der Gouverneur von Sierra Leone auf einer Inspectionsreise nach den britischen Niederlassungen am Gambia, und Dr. Streeten vertrat seine Stelle. Der Bozer kehrte am 17. März zurück, behauptete, daß eine Compagnie französischer Soldaten von der Insel Besitz ergriffen hätte und daß dort mit der größten Eile Baracken für die Truppen errichtet würden. Ein französisches Kanonenboot war anwesend, um das Werk zu fördern. Die Franzosen, heißt es, behaupten, ein Recht auf Matacong zu haben in Folge eines vor etwa einem Jahre mit den Eingeborenen abgeschlossenen Vertrages. Die Geheimhaltung der französischen Absichten und Bewegungen entging nicht der Beobachtung der leitenden Männer, welche das Gouvernement von Sierra Leone sofort genau unterrichteten; aber das Gouvernement ließ die Meldung unbeachtet. Die englische Regierung erlangte eine beschränkte Souveränität über Matacong durch den Vertrag vom 18. April 1826 und hat seitdem die vollständige Ausübung ihres Rechtes befestigt, und am 28. März 1877 erhielt der Administrator der Niederlassungen auf der westafrikanischen Küste von dem Secretär für die Colonien den Auftrag, zu allgemeiner Kenntniß zu bringen, daß die Insel Matacong an Ihre Maj. im Jahre 1826 abgetreten sei und seitdem immer einen Theil der britischen Besitzungen gebildet habe.

Königreich Sachsen.

Dresden, 7. April. Gestern Vormittag wurde in Gegenwart des Ministers des Innern v. Rostig-Ballwig hier im alten Polytechnicumgebäude die Ausstellung von Schülerarbeiten der königlichen Kunstgewerbeschule eröffnet. Unter den unsere Zeit bewegenden Culturfragen ist jedenfalls die das kunstgewerbliche Leben betreffende keine der geringfügigsten. Fast in allen Hauptorten unsers deutschen Vaterlandes regt sich das Bedürfnis und das Streben, auf diesem Gebiete Verbesserung herbeizuführen und das Kunstgewerbe aus den Banden der Stillsigkeit und des Mißgeschmacks zu befreien. Daß Dresden in dieser Hinsicht nicht zurückgeblieben ist, dies beweist auch die gestern eröffnete, obengenannte Ausstellung. Der Gesamteindruck dieser Ausstellung ist ein überraschender und unter den Einzelleistungen zeigt sich eine nicht geringe Anzahl von Objecten, denen sowohl eine tüchtige technische Fertigkeit und Gewandtheit wie auch ein erfreulicher Geschmak und ein stilvolles wirksames Arrangement zugesprochen werden muß. Die ausgestellten Arbeiten spalten sich in drei Hauptabtheilungen, jede dieser aber wieder in verschiedene Unterabtheilungen. Die erste Abtheilung umfaßt: Vorschule, Architektur und geometrisches Zeichnen; die zweite: Naturalmalen, Decorationsmalen und Musterzeichnen; die dritte: figürliches Zeichnen, figürliches Modelliren und Ornamentmodelliren. Aus allen diesen Gebieten liegt nun ein reiches Material vor, von dem vieles den wohlverdienten Beifall finden wird. Während der bis zum 15. April währenden Ausstellung, welche unentgeltlich ist, ist auch der freie Eintritt in das in demselben Gebäude befindliche königliche Kunstgewerbemuseum gestattet, worauf ich alle diejenigen, welche in nächster Zeit nach Dresden zu reisen gefonnen sind, besonders aufmerksam machen will. Heute Mittag beehrte Ihre Maj. die Königin die Ausstellung mit einem Besuch. Einen recht erfreulichen Eindruck rief auch die in den letzten Tagen hier im alten Cadettenhause stattgefundene Ausstellung von Schülerarbeiten der königlichen Baugewerkschule hervor. Die aus den verschiedenen hängewerklichen Fächern ausgestellten Arbeiten, als architektonische Entwürfe, perspectivische und Freihandzeichnungen oder Modellirarbeiten bekundeten vielen Fleiß und technische Fertigkeit und gereichten den Schülern wie den Lehrern zur Ehre.

Leipzig, 8. April. Im höchsten Alter, nach schon überschrittenem 87. Lebensjahre, verschied am 6. April hier der Advocat Dr. jur. August Franz Werner, Ritter des Albrechtsordens und Ehrenbürger der Stadt Leipzig. Im Jahre 1870 hatte er sein Goldenes Sachwalterjubiläum begangen, bei welcher Gelegenheit er von der hiesigen juristischen Facultät zum Ehrendoctor der Rechte creirt worden war. Werner war allgemein hochgeachtet und beliebt ebenso wegen der Lauterkeit seines Charakters und seiner Pflichtstrengung wie wegen der Milde und Liebenswürdigkeit seines Wesens. Obgleich seiner Neigung nach keineswegs ein Mann der Politik, bewährte er sich doch auch auf diesem Gebiete in erster Zeit als ebenso charakter- wie ein-



Leipziger Börse.

8. April.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Deutsche R.-Anl.' and 'K.B. Renten-Anl.' with their respective values and terms.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of gold and silver coins and notes, including 'Vollw. Pruss. Friedrichsdor' and 'Russ. Reichsbanknoten'.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stocks, listing companies like 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of foreign bonds and securities, including titles like 'Berlin-Pöchlitz' and 'Berl.-Potsdam-Magdeb.'.

Table of railway stocks, including 'Eisenbahn-St.-Pr.-Action' and 'Altenburg-Zeitz'.

Table of bank and credit institutions, including 'Bank u. Credit-Anst.' and 'Allg. C. R. A. Leipzig'.

Table of industrial and priority stocks, including 'Industrie-Act. Prioritäten' and 'Chemn. Spinnerei'.

Table of foreign funds, including 'Oesterr. Goldrente' and 'do. Silberrente'.

Table of foreign funds, including 'Ungar. Goldrente' and 'Oesterr. Loose'.

Table of foreign funds, including 'Russ. Anl.' and 'Amerik. Anl.'.

Table of foreign funds, including 'Sächs. Lederindustrie' and 'Soc.-Br. Dresd. Waldschl.'.

Table of foreign funds, including 'Tentonia' and 'Theodor'sche Papierfabrik'.

Table of foreign funds, including 'Hainberg' and 'Thür. Gauges'.

Table of foreign funds, including 'Zuckerfabrik' and 'Oesterr. Goldrente'.

Table of foreign funds, including 'Ungar. Goldrente' and 'Oesterr. Loose'.

Table of foreign funds, including 'Russ. Anl.' and 'Amerik. Anl.'.

Table of foreign funds, including 'Sächs. Lederindustrie' and 'Soc.-Br. Dresd. Waldschl.'.

Table of railway stocks, including 'Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.' and 'Altenburg-Zeitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Table of railway stocks, including 'Altenburg-Zeitz' and 'Aussig-Teplitz'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Mittwoch, 9. April. Der Mattenfänger von Hameln. Oper in 5 Acten. Dichtung (mit Zugrundelegung der Sage und der Fabel von J. Wolff's gleichnamiger „Aventüre“ von Friedrich Hofmann. Musik von Victor E. Reither. (98. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Mittwoch, 9. April. Neu einführt: Krisen. Charaktergemälde in 4 Acten von Bauernfeld.

